



16.9.2015

*\* Zuwanderung erhöht Wirtschaftswachstum \* Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament für Deutschland erhöhen, \* EU-Lösungen nötig, \* Mindestlohn künftig regional differenzieren,*  
**Flüchtlingswelle: Konsequenzen für Deutschland und die EU**

Im Sommer 2015 haben Deutschland bzw. die EU einen Ansturm an Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens und aus Libyen erlebt. Rund 800 000 Flüchtlinge hat allein Deutschland in 2015 aufzunehmen, wobei diese vor allem über die Route Griechenland, Serbien, Ungarn, Österreich u.a. nach Deutschland und in skandinavische EU-Länder einwandern wollen. Die erste internet-/facebook-verstärkte Flüchtlingswelle Richtung EU aber ist viel stärker als jede frühere Bewegung und so haben Ungarn, Österreich und Deutschland ihre Grenzen Mitte September 2015 Richtung Süden faktisch geschlossen. Die Flüchtlingswellen aus Nordafrika und dem Nahen Osten sind indirekt mit durch die Kriegsinterventionen der USA im Irak und Großbritanniens/Frankreichs in Libyen bedingt. Letztere Intervention war völlig ohne Konzept, was nach einem militärischen Sturz von Diktator Gaddafi geschehen sollte; das Land wurde einfach sich selbst und einem absehbaren Bürgerkrieg überlassen. Der Irak-Krieg der USA war mit einem falschen Chemiewaffen-Vorwurf gestartet worden; die USA hat Verantwortung.

Die politische Architektur im Nahen Osten ist zerstört worden und nun ist seit 2015 eine enorme Wanderungswelle unterwegs, wobei, übers Internet informiert, sich die Bewohner auch vieler Flüchtlingslager aus Nachbarländern Syriens Richtung EU aufmachen. 60-70% der Flüchtlinge kommen nach Deutschland und für 2016/2017 sind ähnliche Zahlen wie 2015 wahrscheinlich. Bei der Flüchtlingswelle stellte sich in 2015 heraus, dass Deutschland schon so überbürokratisiert ist mit seinen Vorschriften, dass man nicht einmal binnen drei Monaten eine neue Flüchtlingsunterkunft bauen kann. Von daher lautet eine notwendige Forderung für die unmittelbare Zukunft: Entschlackung der übermäßigen Bürokratie. Viele Freiwillige und auch kommunale Akteure haben erkennbar Hervorragendes geleistet, um die Flüchtlinge aufzunehmen und willkommen zu heißen. Aber die vielen Brandanschläge auf geplante und tatsächliche Flüchtlingsunterkünfte zeigen zugleich eine bemerkenswerte Unfähigkeit der Sicherheitsbehörden, mit einfacher Kamera-Überwachung vernünftig zu reagieren; die Aufklärungsquote ist absurd niedrig, unter 5%.

Die ökonomische und soziale Integration der vielen Flüchtlinge ist eine Herausforderung; sie kann nur durch Sprachkurse und Bildungsangebote gelingen, wobei Deutschland hier relativ viel auf den Weg bringt. Dass Italien Flüchtlingen nicht einmal einen kostenlosen Sprachkurs anbietet, ist ein Unding, denn mangelnde Sprachfähigkeit ist der erste Schritt zur Arbeitslosigkeit und von daher auch zu erhöhten Budgetdefiziten. Die Europäische Union ist von

daher aufgefordert, hier vernünftige Mindestelemente einer effizienten Flüchtlingspolitik zu definieren. Die Mehrheit der Flüchtlinge ist arbeitsfähig und kann u.a. im Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft Jobs finden; faktisch von letzterer her auch den notwendigen Wohnungsneubau – im Übrigen auch für ärmere deutsche Schichten – im wahrsten Sinn des Wortes mit in die Hand nehmen: Wenn die Politik Weichen für den Wohnungsbau besser stellt. Qualifizierte Flüchtlinge werden nach Sprachkursen auch in ihren bisherigen Berufen arbeiten können und ein Teil der Zuwanderer wird auch Unternehmen gründen bzw. netto Arbeitsplätze auch für andere schaffen. Im Übrigen gilt: 0,5% Bevölkerungszuwachs via Zuwanderung heißt 0,5% höheres Wachstum. Einen sinnvollen Verteilungsschlüssel in der EU zu finden, ist für einen kontrollierbaren Einwanderungsprozess notwendig. Darüber hinaus gilt: Eine wichtige Reform, um die unterschiedliche Fähigkeit und Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen abzubilden, sollte in einer einfachen Formel mit demokratischer Basis bestehen: Das EU-Parlament sollte automatisch nach einer einfachen Formel binnen fünf Jahren auf eine erhöhte bzw. verminderte Bevölkerungszahl von EU-Mitgliedsländern reagieren: Deutschland wird seine Abgeordnetenzahl ebenso wie Schweden und Frankreich, Österreich und einige andere Länder dann ausbauen können, Griechenland wird Sitze verlieren. Das ist demokratisch und gibt aus einer Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie dann eben Anreize für mehr politische Vernunft in der Politik und wird den Einfluss ökonomisch starker Länder zum Nutzen der EU stärken. Die Zahl der Abgeordneten aus Deutschland im nächsten EU-Parlament sollte klar steigen.

Wenn die Zahl der Flüchtlinge jährlich mehrere Jahre über 500 000 betragen sollte, so wird man mehr noch als bisher beim Mindestlohn die Einführung einer regionalen Differenzierung prüfen sollen. Geringqualifizierte in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren ist durchaus möglich, aber ein national einheitlicher Mindestlohn wird da nicht hilfreich sein. Abhängig vom regionalen Preisniveau und den regionalen Arbeitslosenquoten der Geringqualifizierten sollte man die Mindestlöhne vernünftig differenzieren. In einigen Regionen – in Ballungszentren – könnte der Mindestlohnsatz ansteigen, in vielen anderen Regionen aber sollte er wohl leicht gesenkt werden oder einige Jahre lang unverändert bleiben. Wenn man Bonn im regionalen Preisniveau 100 setzt, dann gibt es Großstädte – wie München – mit einem regionalen Preisniveau von etwa 120 und zugleich gibt es einige Randregionen Bayerns und Ostdeutschlands, wo das Preisniveau bei kaum 80 liegt. Was 8,50 € in Bonn sind, entspricht kaufkraftmäßig dann 7,08 € in München und 10,63 € in der Niedrigpreisregion mit 20% Abschlag gegenüber Bonn. In Kaufkraftparitäten gerechnet bedeuten die Zahlen einen regionalen Unterschied im realen Mindestlohn von 50%. Dass ein national einheitlicher Mindestlohn nicht vernünftig ist, ergibt sich hieraus ohne weiteres, zumal hier unnötig Pendlerströme aus armen Regionen Richtung Großstädte mit Hochpreisniveau ausgelöst werden. Zuwanderer einzugliedern verlangt ein regionalisiertes Mindestlohnkonzept. Mehr Flexibilität ist nötig.